

2012: Als jüngste Grossrätin durfte ich die Legislatur gemeinsam mit dem ältesten Grossrat eröffnen. In meiner Rede kritisierte ich die Untervertretung der Frauen, nicht nur zum Gefallen der bürgerlichen Mehrheit. Tatsächlich ist die Gleichstellung in der Basler Politik noch immer keine Selbstverständlichkeit. (Ev. 2 Zahlen) Dieses Thema begleitet mich seit sehr langem und ist bleibt leider aktuell.

2013: Meine Forderung nach einer zusätzlichen Woche Ferien für Lernende fand zu meiner grossen Freude eine Mehrheit und soll in Bälde umgesetzt werden. Dank der zusätzlichen Woche Ferien für Lernende soll die nichtuniversitäre Bildung attraktiver werden. Denn während an einer weiterführenden Schule Ferien von 12 Wochen üblich sind, werden 16-jährige Lernende mit 5 Wochen Ferien abgespeist und mit viel Lernarbeit konfrontiert. Ich bin überzeugt, dass wir den nicht universitären Bildungsweg noch weiter stärken müssen.

www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100387/000000387183.pdf?t=154366926420181201140104

2014: In diesem Jahr beschäftigte ich mich intensiv mit den Hochschulen, so reichte ich eine Interpellation gegen die Erhöhung der Studiengebühren ein. Ich setzte und setze mich vehement gegen die Erhöhung der Studiengebühren und für einen Zugang für alle ein. Ganz allgemein darf die Uni nicht einem Spardiktat unterzogen werden,. An der Uni geht es um das Wissen und nicht um das Geld, und doch ist das leide Geld Grundvoraussetzung für ihr Gedeihen.

<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100376/000000376652.pdf?t=15436699632018120114124>

2015: reichte ich diverse Vorstösse zur Dämpfung der Gesundheitskosten ein. So soll beispielsweise die Vergabe von Generika in den Spitälern gefördert werden.

2016: Leider wurde mein Vorstoss «Vom Mutterschaftsurlaub zur Elternzeit» knapp abgelehnt, aber ich bleibe am Ball. In diesem Vorstoss fordere ich ein «Modell Basel», an welchem auch die Privatwirtschaft auf freiwilliger Basis teilnehmen soll. Der Vater soll mindestens 8 Wochen, zusammen ein Paar maximal 24 Wochen Elternzeit erhalten). An diesem Modell habe ich über 2 Jahre gearbeitet. Es ist nachhaltig und bezieht auf freiwilliger Basis die Privatwirtschaft mit ein. Kindererziehung ist keine reine Frauensache!

<http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100382/000000382997.pdf?t=15436685922018120113495>
2

2017: 2013 fand mein Vorstoss für die Wiedereingliederung des Reinigungspersonals keine Mehrheit. Die etwas abgeschwächte, aber inhaltlich gleiche Motion findet nun eine Mehrheit! Ihre Umsetzung ist ein wichtiger Schritt für einen starken Staat, für gerechte Löhne und für anständige Arbeitsbedingungen. Es zeigte mir deutlich, dass sich Hartnäckigkeit, Ausdauer und das Gespräch mit Mitgliedern anderer Parteien auszahlen.

http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank?such_kategorie=1&content_detail=200108373

2018: Als neugewählte Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission durfte ich den Staatsvertrag Spitalfusion behandeln. Ich habe versucht, den Staatsvertrag mit einem neuen Begleitgesetz dahingehend zu verbessern, dass es eine rechtliche kantonale Grundlage für das neue Fusionskonstrukt gibt. Leider musste ich merken, dass es keinen Handlungs- und Gestaltungsspielraum mehr gibt bei diesem Staatsvertrag. Da ein Demokratiedefizit besteht und weder der Kampf gegen die Überversorgung noch das Festschreiben von guten Arbeitsbedingungen gesetzlich geregelt werden konnten, entschied ich mich, die Spitalfusion abzulehnen.